

Fachhochschulen stärken

Das deutsche Hochschulsystem ist funktional gegliedert. Universitäten, Fachhochschulen und duale Hochschulen nehmen unterschiedliche Rollen und Funktionen in Lehre und Forschung wahr. Allerdings nicht auf Augenhöhe. Faktisch haben wir vor allem eine vertikale Differenzierung. Diese führt seit jeher zu einer Ungleichbehandlung der Hochschultypen, die sich bei Lehrenden in unterschiedlich hohen Lehrdeputaten ausdrückt, in einer unterschiedlichen Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal unterhalb der Professur und nicht zuletzt auch darin, ob Hochschulen das Promotionsrecht besitzen oder nicht.

Gegen eine funktionale Differenzierung nach Hochschultypen und auch Formen der Forschung ist prinzipiell nichts einzuwenden. Grundlagenforschung an Universitäten, angewandte Forschung an Fachhochschulen und experimentelle Forschung an universitären oder außerhochschulischen Einrichtungen haben begründet in der jeweiligen Struktur und Kooperationsformen von Wissenschaft mit Wirtschaft und Gesellschaft durchaus ihren Sinn und Zweck. Die Anwendungsforschung ist dabei die Domäne der Fachhochschulen.

Allerdings sollte aus einer solchen Differenzierung nicht eine Ungleichbehandlung in der Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen entstehen. Auch eine rechtliche Ungleichbehandlung und damit auch Benachteiligung darf nicht die Folge sein. Insbesondere dann nicht, wenn seitens der Politik Forschungsaktivitäten sowie eine Third Mission etwa bei der Kooperation mit Wirtschaft und Gesellschaft erwartet werden und der Innovationsdruck damit erhöht wird. In der Folge sind die Aufgaben von Lehrenden an Hochschulen deutlich gestiegen. Mit einer Lehrdeputatsreduktion ging das nicht einher. Eine steigende Arbeitsbelastung mit all ihren negativen Auswirkungen auf die Qualität der Lehre, Familie und Gesundheit sind die Folgen. Auf Grund beschränkter eigenständiger Promotionsmöglichkeiten, können die Fachhochschulen den notwendigen wissenschaftlichen „Nachwuchs“ nicht selbst qualifizieren.

Wie den Zahlen des Bundesforschungsministeriums zu entnehmen ist, hat sich der Haushaltsansatz des Programms „Forschung an Fachhochschulen“ seit 2005 von 10 auf 56 Millionen Euro erhöht. Zum Vergleich: Von der DFG und durch die Exzellenzinitiative erhalten die Universitäten vom Bund allein über die Deutsche jährlich rund 3,5 Milliarden Euro. Das zeigt, selbst wenn man Förderungen aus anderen Bundesministerien einbezieht, steht damit der Anteil der Fachhochschulen an der Forschungs- und Innovationsförderung in keinem Verhältnis zu den Universitäten und auch in keinem Verhältnis der von ihnen erwarteten Bedeutung in Forschung und Innovation. Fachhochschulen sind durch die anwendungsnahe Forschung insbesondere in Bereichen des Sozial- und Gesundheitsbereiches sowie der Mobilität und Ingenieurwissenschaften bewährte Kooperationspartner*innen kleiner und mittelständischer Unternehmen und damit wichtige strukturpolitische Anker in den Regionen jenseits der Metropolen. Der Beitrag der Fachhochschulen zur Forschung wird unter einem deutlichen Mehraufwand der Beschäftigten geleistet im Vergleich zu den Kolleg*innen an den Universitäten. Denn wissenschaftlich Beschäftigte an den Fachhochschulen müssen ein deutlich höheres Lehrdeputat ableisten.

Die Nachteile durch diese falsch verstandene vertikale Differenzierung des deutschen Hochschulsystems gilt es aufzuheben. Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften gilt es deutlich besser und statt wettbewerbsorientiert bedarfsgerecht grundfinanziert auszustatten. Fachhochschulen dürfen nicht weiter die Orte der „Billigstudienplätze“ für einen insgesamt nicht ausfinanzierten Studierendenaufwuchs darstellen.

Fachhochschulen weisen mittlerweile gut entwickelte Forschungsbereiche auf und sind für über 40% der Studierenden das Tor zur akademischen Ausbildung geworden. Insbesondere bieten sie Menschen einen Weg in die Wissenschaft, die nicht über den ersten Bildungsweg zur allgemeinen Hochschulreife gelangt sind. So beträgt der Anteil der Studierenden, die ohne allgemeine Hochschulreife an eine Fachhochschule kommen, 36%. An den Universitäten liegt dieser Anteil bei nur 14%, wie den Daten der 21. Sozialerhebung des DSW zu entnehmen ist. Damit stellen Fachhochschulen einen wichtigen Baustein zur sozialen Öffnung der akademischen Bildung dar.

DIE LINKE. setzt sich deshalb für folgende Punkte ein:

- Fachhochschulen gilt es durch bessere Forschungsmöglichkeiten, die entsprechende Ausstattung sowie eine flächendeckende Deputatsreduktion und ein eigenes Promotionsrecht zu stärken.
- Die Länder sollen bedarfsgerechte Modelle zur Umsetzung des Promotionsrechts entwickeln bspw. durch die Übertragung des Promotionsrechts an einzelne Fachhochschulen bis hin zur Kooperation in hochschulübergreifenden Promotionszentren.
- Das grundständige Fächerspektrum an den Fachhochschulen soll deutlich ausgebaut werden. Unter anderem bieten sich Gesundheits- und lebenswissenschaftliche, künstlerisch-kreative, sozialwissenschaftliche und sozialwirtschaftliche, aber auch rechtswissenschaftliche Studiengänge an. Zudem sollte die Akademisierung von Ausbildungsberufen, bei denen dies ansteht, so gestaltet werden, dass keine Ausschlüsse und Bildungsungerechtigkeiten produziert werden.
- Dazu braucht es zusätzliche Mittel, um auch den Fachhochschulen den Aufbau eines eigenen mehrheitlich unbefristeten Mittelbaus und damit den Weg nachhaltiger Personalentwicklung zu ermöglichen. Das Land Berlin ist hier Vorreiter.
- Statt einer minimalen wettbewerbsorientierten Förderung durch das BMBF für begrenzte Projektzeiträume braucht es ein auskömmlich grundfinanziertes Aufbauprogramm für den wissenschaftlichen Mittelbau an den Fachhochschulen, das in einem zweiten Schritt in die Grundfinanzierung der Einrichtungen im Rahmen eines auf Dauer gestellten Zukunftsvertrages überführt werden muss. Zudem sollten die existierenden Förderprogramme bei BMWi und BMBF sowie der DFG stärker für Fachhochschulen geöffnet werden.
- Die Lehrenden an den Fachhochschulen gilt es zu entlasten und das Lehrdeputat deutlich und auf die Personalkategorien und ihr Verhältnis zueinander zielgenau abgestimmt abzusenken, um so auch mehr Kapazitäten für Forschung,

Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik vom 07.01.2021

Nachwuchsbetreuung und mehr Qualität in der Lehre zu schaffen. Gleiches Geld für gleiche Aufgaben muss das Credo sein.

- Schon vor der Pandemie sind die administrativen und technischen Anforderungen auch an den Fachhochschulen gewachsen. Wenn Internationalisierung, Digitalisierung und eine soziale Öffnung der Hochschulen gelingen sollen, braucht es dazu auch mehr Personal in der Hochschulverwaltung, das das wissenschaftliche Personal und die Studierenden unterstützt, um insbesondere dem Profil der Fachhochschulen und den Bildungsbiografien der Studierenden Rechnung zu tragen.
- Unabhängig von den Hochschultypen sollte die Qualifizierung von Doktorand*innen künftig durch entsprechende Qualitätssicherungssysteme begleitet werden. Dazu gehören insbesondere klar geregelte Anforderungen und Vereinbarungen zur Promotionsbetreuung und eine Ausgestaltung der Beschäftigungsbedingungen für Promotionsstellen im Sinne guter Arbeit in der Wissenschaft.

Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik der LINKEN vom 07.01.2021

*Die LINKE Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik ist ein Zusammenschluss der wissenschaftspolitischen Sprecher*innen der LINKEN Fraktionen in den Landtagen und des Bundestags sowie weiterer wissenschafts- und hochschulpolitischer Aktiver in der LINKEN und nahestehenden Organisationen. Ihre Sprecher sind Tobias Schulze, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Christian Schaft, Mitglied des Thüringer Landtages.*

*Ansprechpartner*innen:*

*Tobias Schulze MdA
Niederkirchnerstraße 5
Abgeordnetenhaus
10111 Berlin
Telefon: 030 547 13 449
E-Mail: schulze@linksfraktion.berlin*

*Christian Schaft, MdL
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt
Telefon: 0173/4514862
E-Mail: schaft@die-linke-thl.de*